

Antrag

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Cansu Özdemir, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann, Insa Tietjen und
Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Betr.: Arbeitszeitbemessung von Lehrern/-innen aktualisieren und anpassen

Das Modell, wie in Hamburg die Arbeitszeit von Lehrkräften bemessen wird – Lehrer/-innenarbeitszeitmodell (LAZM), eingeführt als „Lehrerarbeitszeitverordnung“ – wurde 2003 grundlegend neu geregelt, in den darauffolgenden fünf Jahren zweimal evaluiert und geringfügig verändert. Es fielen der Einführung des LAZM insgesamt circa 1.000 Lehrer/-innenstellen zum Opfer.

Seit 2008 fand keinerlei Neubewertung des Berechnungsmodells statt. Dem steht eine beträchtliche Fülle an neuen Aufgaben entgegen, die nicht in ausreichendem Maß Berücksichtigung im LAZM findet.

Lehrkräfte klagen seit langem über enorme Belastung und fehlende Zeit, etwa für Kooperation und notwendige Absprachen. Individuelle Strategien zur Entlastung, Stundenreduktionen und Langzeiterkrankungen sind die Folge.

Schon 2008 fand die sogenannte Behler-Kommission für Schulleitungen und Lehrkräfte zusammen 42 neue Aufgaben, die nicht im LAZM abgebildet sind; hinzu kamen für Schulleitungen 40, für Lehrkräfte 38 gesonderte Aufgaben. Seit diesen zwölf Jahren wurde das Hamburger Schulwesen grundlegenden Veränderungen unterzogen. Wesentlich war die Zusammenfassung der Haupt-, Real- und Gesamtschulen zur Stadtteilschule (STS). Damit wurden Gymnasium und STS in Konkurrenz zueinander gesetzt und die soziale Spaltung im Bildungssystem deutlich verstärkt. Neben dieser Änderung kamen die Verpflichtung zu inklusiver Bildung und die massive Ausweitung des Ganztags an Hamburger Schulen hinzu, die eine große Zahl an Folgeaufgaben mit sich brachten und bringen. Partielle Verbesserungen wurden dem Senat durch die beiden Volksinitiativen Gute Inklusion und Guter Ganztags abgerungen. Auch diese Ergebnisse der Verhandlungen mit den Volksinitiativen sind nicht hinreichend im LAZM berücksichtigt.

Angesichts der Veränderungen der letzten zwölf Jahre ist zweifelhaft, ob das LAZM überhaupt noch der vielfältigen pädagogischen Aufgabenfülle gerecht werden kann.

In der Corona-Krise wurde seitens der Lehrkräfte in Hamburg eine enorme Zahl an Mehrstunden angehäuft, wie eine erste Erhebung der GEW ergab. Diese Mehrarbeit ist weder bemessen noch berücksichtigt und die BSB macht bisher keine Anstalten, diese erfolgte Mehrarbeit überhaupt zu erheben oder abzugelten. Sichtbar wird auch, dass die umfänglichen Schritte, die zur Digitalisierung an den Schulen unternommen werden, bislang zu keiner entsprechenden Anpassung des LAZM führen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. das LAZM umgehend auf Basis der Empfehlungen der Evaluationen von 2005 und 2008 vollumfänglich anzupassen;
2. die Zeiten für allgemeine Aufgaben (A-Zeiten) um eine Stunde für jede Lehrkraft zu erhöhen;
3. aus den Vereinbarungen mit der Volksinitiative Gute Inklusion und der Volksinitiative Guter Ganzttag weitere Aufgaben für das LAZM abzuleiten und diese zeitnah entsprechend einzupflegen;
4. in enger Absprache und Vorbereitung mit den Schulgemeinschaften, Personalvertretungen an Schulen sowie dem Gesamtpersonalrat und schulischen Interessensvertretungen das Ausmaß der Mehrarbeit in der Corona-Krise zu evaluieren, zu veröffentlichen und zeitnah abzugelten;
5. eine Bemessungsgrundlage zu entwerfen und mit den unter 3. genannten Akteuren/-innen abzustimmen, die die Aufgaben der Digitalisierung im LAZM abbilden soll und diese zeitnah einzupflegen;
6. der Bürgerschaft zum Halbjahr des Schuljahres 2020/2021 erstmals und danach im halbjährlichen Rhythmus zum jeweiligen Halbjahr und Schuljahresende Bericht zu erstatten.